

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst (sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Jungferstraße 14, II. Et. 3468.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expeditoren: Gr. Jungferstraße 14. Et. 1769.  
Verlagsstempel von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden bei 6spaltigen Zeilen mit 20 Pf. berechnet, bei einmaligen Anzeigen mit Rabatt gemindert. Übersetzungen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 86.

Dresden, Montag den 15. April 1912.

23. Jahrg.

## Imperialismus und Arbeiterklasse.

Es ist nicht leicht, eine erschöpfende Begriffsbestimmung des „Imperialismus“ zu geben. Das Wort haben wir von England übernommen. Dort bezeichnet man mit dem Schlagwort Imperialismus jene Bestrebungen, die darauf abzielen, ein „größeres Britannien“ zu schaffen, das heißt, vor allem durch einen Kolonialreichtum des Inselreiches mit seinen fast selbstständigen Kolonien ein großes Reich „Empire“ zu schaffen. Der Führer dieser Schutzkolonialpolitik war der bekannte Kolonialsekretär Joseph Chamberlain.

Unter Imperialismus im weiteren Sinne versteht man heute die Kolonialpolitik der modernen kapitalistischen Staaten seit dem 18. Jahrhundert des 19. Jahrhunderts, die darauf gerichtet ist, durch Angliederung jumeist tropischer oder subtropischer Gebiete an den eigenen Staat ein größeres Wirtschaftsgebiet zu schaffen, das der Herrschaft des eigenen Staates unterworfen ist. Hierbei gehören auch jene Bestrebungen, einen fremden Staat wirtschaftlich so zu beherrschen, daß dessen Selbständigkeit leerer Schein ist. Diese Kapitalherrschaft kann verschiedene Formen annehmen, die oft in einander übergehen. Sei es, daß einem bestimmten Staat eine „Interessensphäre“ in einem Lande eingeräumt wird, sei es ein förmliches Protektorat, sei es auch nur eine weitgehende Verschuldung eines schwachen Staates an ein großes Industrieland, eine Verschuldung, die dem mächtigen Reich weitgehende Eingriffe in die Souveränität des kapitalistischen Staates gestattet.

Diese moderne Kolonialpolitik hat einen anderen Charakter wie diejenige des 16., 17. und selbst des 18. Jahrhunderts. „Herr, laße mich die Goldminen finden!“ Dieses Wort des Christoph Kolumbus war die Losung der Blünderung von Süd- und Mittelamerika sowie Mexikos durch die Spanier und Portugiesen. Auch die Ausbeutung Indiens durch Portugiesen, Holländer und endlich die Engländer durch hauptsächlich dem Export von Gewürzen und anderen hochwertigen Erzeugnissen aus den reichen Ländern Südasiens hingegen war die Kolonialpolitik der Briten in Nordamerika eine großartige Befriedung ungeheurer Sandstreden durch europäische Bauern und Proletarier.

Was anders die Kolonialpolitik unserer Tage: Sie dient in erster Linie dem Kapitalexport, nicht der Warenexport. Der Handel Deutschlands mit seinen Kolonien ist ein verschwindender Bruchteil des deutschen Außenhandels. Man baut Eisenbahnen in den Kolonien, um gewinnbringende Kapitalanlagen für die Banken zu schaffen. Man spekuliert in großem Stil mit dem Grund und Boden der Kolonien; man braucht Soldaten und Kriegsschiffe, um die Kolonien zu schützen, um gewinnbringende Armeelieferungen abzuschließen. Das ist der Sinn der heutigen imperialistischen Kolonialpolitik.

In seiner Schrift: Der deutsche Imperialismus und die Arbeiterklasse (Verlag der Dresdner Bürgerzeitung, 82 Seiten, Preis 1 M.) gibt Karl Kadel einen knappen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung und die Tendenzen des deutschen Imperialismus. Einleitend skizziert er die Triebkräfte der deutschen Kolonialpolitik und würdigt kurz einige „kapitalistische Verdunkelungsversuche“, die darauf abzielen, über die wahren Ursachen dieser Politik hinwegzuläuschen. Leider vermissen wir eine scharfe Begriffsbestimmung des „Imperialismus“, die am Anfang der Broschüre geboten wäre, um Klarheit über das so viel gebrauchte Wort zu schaffen.

Kadel gibt sodann eine interessante Darstellung der Anfänge der deutschen Kolonialpolitik Mitte der 30er Jahre. Auf Veranlassung hanseatischer Handelsfirmen wird zunächst Deutsch-Südwestafrika unter den Schutz des Reiches gestellt, dann folgen Kamerun und Deutsch-Ostafrika. Die Verwaltung dieser Kolonien wird durch die Handelsfirmen selbst als unrentabel empfunden, die nur an ihren Profit denken. Das Reich übernimmt die Kolonialverwaltung. Der Kolonialpolitik folgt die Flottenpolitik, deren Aufschwung seit Ende der 90er Jahre Kadel schildert und an lehrreichen Zahlen demonstriert. Deutschlands Expansionspolitik in China, die ergebenden weltpolitischen Probleme werden skizziert. Das wichtigste Ergebnis der weltpolitischen Verdrängung Deutschlands, der deutsch-englische Gegensatz, wird vom Verfasser eingehend behandelt. Dieser Gegensatz entspringt dem Kampf Englands um seine Weltmachtstellung, die vom aufstrebenden Industriestaat Deutschland bedroht erscheint.

In „Was nun?“ zeigt der Autor den Widerstand der verschiedenen imperialistischen Tendenzen der verschiedenen Staaten. Die Kräfte des Imperialismus wachsen in den einzelnen großen kapitalistischen Ländern mit dem Einfluß des Finanzkapitals, mit dem steigenden Einfluß der Parteien des Finanzkapitals, mit dem Gebiet zu kolonialpolitischer Betätigung immer kleiner, da durch das Erwerbungsbedürfnis durch die chinesische Revolution mit wachsenden Bedrohungen durch die Nachbarländer, ein ihren wahrhaftigen Wirkungen durch die europäischen Staaten großes Gebiet der Beherrschung durch Italien ist entzogen ist. Durch die Annexion Tripolis durch Italien ist die Verteilung Afrikas abgeschlossen, wenn auch Tauschgeschäfte die portugiesischen Kolonien in Afrika nicht ausgeschlossen sind. Welche Gefahren diese kolonialen Tauschgeschäfte mit sich bringen können hat ja die Marokkofrage des letzten Sommers gezeigt. Trotzdem scheint uns Kadel die Gefahr des

Weltkrieges zu hoch einzuschätzen. Es ist richtig, daß Kriegen, deren Anlaß ein strittiger Landstrich irgendwo in Asien oder Afrika bildet, zu einem Kriege zwischen zwei Staaten führen und zu einem Weltkrieg sich auswachsen können. Jedoch berücksichtigt der Autor zu wenig die Hemmungen, die in der Furcht vor den unabsehbaren Folgen eines solchen Krieges für die Kapitalistenklasse der betroffenen Länder liegen. Das Proletariat muß, darin stimmen wir mit Kadel überein, durch einen Krieg gegen das Kapital den „Krieg der Nationen“ unmöglich zu machen suchen. Obgleich aber die Untersuchung der Formen und Mittel dieses Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus nicht in den Rahmen seiner Broschüre fällt, betont Kadel sehr scharf die Alternative: Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse oder Weltkrieg. Es wäre zweckdienlicher gewesen, die betreffenden Parteien des Büchleins entweder ausführlicher zu gestalten oder aber die erwähnten Fragen ganz auszuschalten. In ihrer aphoristischen Form befriedigen diese Darlegungen nicht.

Den Schluß der Broschüre bildet eine sehr knappe Betrachtung der Wirkungen des Imperialismus auf die Arbeiterklasse. Der Imperialismus, der mit aggressivem Chauvinismus gepaart ist, bedeutet eine Gefahr für die Sozialreform und die Demokratie. Für die Sozialreform fehlt es nicht nur an Geld, sondern das gesteigerte Machtbewußtsein der Herrschenden ist der Sozialpolitik feindlich. Dagegen hat die Arbeiterklasse die unter dem Imperialismus wachsenden Lasten der Kolonialausgaben und der Kosten für Landwehr und Marine zu tragen. Wie rapd diese Lasten in allen kapitalistischen Staaten anschwellen, veranschaulicht Kadel in einer sehr lehrreichen Tabelle, der wir folgendes entnehmen: Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen an Ausgaben für die Landesverteidigung in Mark:

Jahr	Frankreich	England	Spanien	Italien	Japan	USA	Deutschland	Österreich
1906	18,70	27,36	28,68	7,40	8,77	10,89	18,67	9,00
1909	19,70	28,80	24,70	8,31	9,00	10,99	18,07	8,85
1910	19,18	30,89	25,27	8,10	9,01	12,60	18,16	8,61
1911	19,18	32,14	26,56	8,87	10,55	13,88	11,18	7,49

Mit den Rüstungen des Jahres 1912 werden die deutschen Ausgaben um ein beträchtliches aufschwimmen. Bei der Bedeutung der weltpolitischen Vorgänge für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse wünschen wir darum der Kadel'schen Schrift viele denkende Leser.

## Ein Offizier gegen die Militärvorlage.

Alle bürgerlichen Parteien haben vor dem Militarismus kapituliert. Sie befriedigen nicht nur seine ungemessenen Ansprüche, sie haben auch längst auf jede Kritik verzichtet, geschweige, daß sie Interesse an der Demokratisierung der Armee nähmen. Regt ist auch der Teil des Zentrums vor dem Militarismus zu Kreuze gezogen, der in früheren Jahren, wenn nicht am ehesten, so doch am lautesten, sich wider die steigenden Heereskosten empörte; das bayerische Zentrum. Im vorigen Reichstag hat das Zentrum schließlich nicht einmal seinen eigenen militärischen Sachmann mehr reden lassen, weil er zu den kritischen Äußerungen gehörte.

Dennoch läßt sich die Kritik nicht ganz unterdrücken und das führende Zentrumblatt Süddeutsche, die Augsburger Postzeitung, sieht sich genötigt, den Artikel eines höheren Offiziers abdruckend (wenn auch unter redaktionellem Vorbehalt), der die Sinnlosigkeit der neuer Vorlage überzeugend nachweist.

Der Verfasser wirft die Frage auf: Verhütet die neueste Verstärkung der Armee einen Krieg oder nicht? Er verneint die Frage. Die geplante Verstärkung werde, da sie zu unbedeutend sei, einen von den Gegnern gewünschten und geplanten Krieg nicht verhüten. „Welcher nur unmöglich gemacht werden kann dadurch, daß wir unsere ganze gesamte wehrfähige Jungmannschaft zum Kriege ausbilden.“ Bisher werden jährlich 300 000 Mann ausgebildet, 200 000 werden nicht ausgehoben.

„Alle Tauglichen zu zweijähriger Dienstzeit einzustellen, ist aus finanziellen Gründen unmöglich, aber angesichts der Fortschritte der Jugend in besserer körperlicher wie geistiger Schulung ist es möglich, den einzelnen Mann wie die Abteilungen von der Kompagnie bis zu den Armeekorps in einem Jahr vollkommen kriegsbrauchbar zu machen.“

Die finanziellen Aufwendungen für eine solche Armeeumformung würden nicht höher, eher etwas niedriger sein wie bisher. Das erst wäre der endgültige Abschluß unserer Heeresorganisation und brächte die Höchstleistung unserer Wehrfähigkeit, die weder von Frankreich — wegen seiner geringeren Volkszahl — noch von Rußland — wegen des kulturellen Tiefstands — erreicht werden könnte.

Der Reichstag sollte sich also entschließen, die Regierungsvorlage als nicht zweckdienlich abzulehnen und die einjährige Dienstzeit für alle Infanterie, die zweijährige für die Kavallerie anzunehmen, mit der Bedingung, daß alle Tauglichen der Armee zugeführt und kriegsfähig ausgebildet werden.

Eine solche Organisation gestatte auch eine gleichmäßigere

Verteilung der persönlichen Lasten und eine Schöpfung der älteren Jahrgänge der Reserve und der Landwehr bei Ausbruch eines Krieges. Was auf diese Weise gespart werden könne zur inneren Kolonisation — Rekolonisation und Reokultur — verwandt werden, damit Deutschland den Bedarf an Lebensmitteln selbst decken könne; uniere gegenwärtige Abhängigkeit von der Lebensmittelfuhr sei uniere größte militärische wie politische Schwäche. Binnen fünf Jahren müßte diese innere Kolonisation durchgeführt werden.

Kan sieht: diese Gedanken eines militärischen Sachverständigen und Zentrumsmanne bewegen sich durchaus in der Richtung zu der so oft verhöhten sozialdemokratischen Forderung der allgemeinen Volkswehr. In der Tat ist die lange Dienstzeit wie die sonstige Klassenorganisation der Armee nicht durch die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes veranlaßt, sondern durch die Rücksicht auf das, was man unter militärischem Geist versteht; durch die lange Dienstzeit will man ein Instrument gegen den „inneren Feind“ gewinnen, auf Kosten der nationalen Sicherheit.

Ein französischer Offizier forderte neulich, um die drohende Katastrophe Europas zu verhüten, die vollständige internationale Abrüstung, wenn erforderlich, durch Gewalt; nur noch eine Art internationaler Gendarmerie sollte zur Sicherung gegen plötzliche Ueberrfälle gebildet werden. Ruher der vollständigen Abrüstung scheint in Wahrheit nur noch ein Weg offen zu stehen, um dem europäischen Zusammenbruch zu entkommen: die Wiltz. Das Volk in Waffen will Frieden und ist stark genug, diesen Willen zu verwirklichen. Nur ein von Klassen und Kasten gegen das Volk organisiertes Heer ist eine Kriegsgefahr.

Aber alle diese Erwägungen werden erst dann die bürgerlichen Parteien interessieren, wenn die Besitzenden die finanziellen Lasten der Armee tragen werden. So sind die zwei entscheidenden Forderungen, die auf die Bahn militärischer Umkehr führen, zunächst: Besteuer- und einjährige Dienstzeit! Das sind die nächsten und unauflösbaren Reformen, die allein eine Erhöhung nationaler Sicherheit verbürgen.

## Deutsches Reich.

Wiederbeginn der Reichstagsarbeit.

Am 16. April nimmt der Reichstag seine durch die Osterferien unterbrochene Arbeit wieder auf. Er wird auf seinem Tisch die Wehrvorlagen finden nebst der zu ihnen gehörigen Deckungsvorlage und auf sie wird sich das politische Interesse im letzten Sesselschritt vor den großen Ferien wohl vorwiegend konzentrieren. Die Geschäftslage des Reichstags gestattet nicht die Hoffnung, daß in den nächsten Monaten irgendeine auch noch so heilsame Reform zustande kommen wird, die dem Nutzen der Allgemeinheit dient. Bloß auf die schleunigste Erledigung der wichtigen Geschäftsordnungsreform wird unbedingt gedrungen werden müssen, dann aber wird nichts anderes übrig bleiben, als den Etat zu erledigen und mit ihm die neuen Wehrvorlagen, die ja schon zum 1. Oktober in Kraft treten sollen, also noch in dem jetzt zur Beratung stehenden Etat teilweise hineingearbeitet werden müssen. Nach Erledigung dieser Arbeiten, die sich weit in den Sommer hineinziehen können, wird man dem Reichstag sicher keine Zeit lassen, noch etwas Nützlicheres zu unternehmen, sondern man wird ihn für möglichst lange Zeit nach Hause schicken.

Die bayerische Zeitung folgert aus der Absicht der Militärverwaltung, die Heeresvorlage schon zum 1. Oktober in Kraft treten zu lassen, die Notwendigkeit, das Gesetz noch im Mai zu verabschieden! Das ist nach dem ganzen Stande der Dinge eine geradezu ungeheuerliche Zumutung. Die Vorlage ist, ebenso wie die gleichzeitig mit ihr zur Beratung stehende Flottenvorlage, bisher nur in unzuverlässigen Auszügen bekannt, die Frage der Deckung schwebt, abgesehen von einigen offiziellen Andeutungen, noch völlig im Dunkeln. Der Etat in seiner bisherigen Aufstellung berücksichtigt die Neuforderungen noch nicht. Nun soll binnen 6 Wochen alles umgekrempelt werden, die wichtigsten Entscheidungen sollen gefällt werden, ohne daß dem Reichstag Zeit gelassen wird, auch nur erst zur Bestimmung zu kommen. Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, daß der Reichstag seine Zeit überflüssig an Militärvorlagen vergeudet und nichts kann ihr fernerliegen als die Absicht, die Beratungen, ohne daß dadurch an ihrem Ergebnis etwas geändert würde, künstlich in die Länge zu ziehen. Aber ebenso entschieden muß sie Einspruch erheben gegen eine künstliche Zusammenpressung einer wichtigen Beratung in einen zu kurzen Zeitraum, gegen eine gesetzgeberische Sammelerei, deren Folgen nicht ausbleiben und dann dem Reichstag zur Last fallen. Nachdem der Antischimmel sich Zeit genug gelassen, kann man vom Parlament nicht verlangen, daß es seine Arbeiten im Vollerpoltertrab erledigt, daß es in ein paar Tagen zurückschreitet, was die Reichstämter in Verwirrung gebracht haben.

Die Sache stünde anders, wenn die Vorlagen rechtzeitig eingebracht worden wären, wenn offensichtlich eine Wehrzeit vorhanden wäre, die zu ihrer unveränderten Annahme bereit ist, und wenn vor allem in der vielberufenen Deckungsvorlage Klarheit bestünde. Dann könnte die Sozialdemokratie mit einer grundsätzlichen Verwahrung gegen die Rüstungsanstrengungen